

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

**Martin Schulz**

Vorsitzender und Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Rede

**zur Integration beim DIW und BIM**

**„Zusammen wachsen – Ohne Angst und Illusionen  
gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten“**

Am 15. August 2017 in Berlin

(Redezeit: ca. 35 Minuten)

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Professor Kaschuba für die freundliche Begrüßung,

Sehr geehrter Herr Fratzscher,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen herzlichen Dank, dass Sie mit Ihrer Reihe „Berliner Reden zur Integrationspolitik“ einen Raum geschaffen haben, in dem dieses fundamental wichtige Thema von den verschiedenen Parteien diskutiert wird.

Deutschland ist ein Land der Vielfalt. Migration ist ein selbstverständlicher Begleiter unserer Geschichte: Wenn wir allein das 19. und 20. Jahrhundert anschauen, gibt es zahlreiche Beispiele:

- die polnische Einwanderung ins Ruhrgebiet,
- die russische Diaspora nach der Oktoberrevolution,

- die Vertriebenen, die Gastarbeiter, die Geflüchteten in den 1980er und 1990er Jahren,
- Spätaussiedler,
- europäische Arbeitsmigranten
- oder die aktuellen Geflüchteten aus Syrien.

Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft. Aber viele konservative Politiker negieren diese Realität.

Sie sprechen immer noch von „uns“ und „denen“ und verhindern damit eine moderne Gesellschaftspolitik.

Ich aber will eine moderne Gesellschaftspolitik. Für den Zusammenhalt in unserem Land.

Ich will das anpacken. Deshalb danke ich Ihnen ganz herzlich für diese Einladung und die Möglichkeit, unsere sozialdemokratischen Ideen zu diskutieren.

Anrede,

Sie betiteln Ihre Veranstaltung mit „Berliner Integrationsrede“.

Unter dem Begriff „Integration“ werden häufig alle Menschen mit Einwanderungsgeschichte in einen Topf geworfen. Egal ob sie über Generationen hier leben oder erst gerade zu uns gekommen sind.

Das ist ein fataler Fehler.

Ich kann bei Menschen, die erst kurze Zeit hier im Land sind, über Integration reden. Aber für die vielen Menschen, die dieses Land mit aufgebaut haben und mittlerweile über Generationen unsere Nachbarn, Freunde und oft Mitglieder unserer Familie sind, müssen wir über bessere Chancen, mehr Beteiligung und den Abbau der Diskriminierung sprechen, also über Teilhabe.

Im politischen Diskurs müssen wir deutlicher zwischen den Begriffen „Integration“ und „Teilhabe“ unterscheiden.

Selbst Menschen, die hier geboren sind und einen offensichtlichen Migrationshintergrund haben, müssen heute Benachteiligungen in Kauf nehmen:

- Menschen mit arabisch- oder türkisch-klingendem Namen haben nachgewiesenermaßen größere

Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche oder in  
Bewerbungsverfahren;

- Frauen mit Kopftüchern haben im Berufsleben schlechtere Chancen;
- Die soziale Herkunft entscheidet noch immer über den schulischen Erfolg;

Diese Ungerechtigkeiten dürfen wir nicht hinnehmen. Es ist Zeit zu handeln. Denn Deutschland kann mehr.

Ich arbeite für ein Deutschland, in dem Herkunft kein Schicksal mehr ist und Herkunft nicht mehr über die Zukunft entscheidet.

Ich setze mich für ein Deutschland ein, in dem die Menschen in guter Nachbarschaft, respektvoll und sicher miteinander leben.

Ich will ein Deutschland, in dem Gleichberechtigung von Frauen und Männern selbstverständlich ist – ebenso wie verschiedene Lebensmodelle.

Ich sehe ein Deutschland vor mir mit einer offenen Gesellschaft.

Ein Deutschland, das weiß, dass es von Vielfalt profitiert. Das ist das moderne, das europäische Deutschland.

Ich finde, wir sollten uns trauen, so optimistisch nach vorne zu blicken.

Die Debatte um Integration und Teilhabe ist seit zwei Jahren einem Stresstest unterworfen. Die Herausforderung, die für unsere öffentlichen Strukturen

durch die hohe Zahl von Schutzsuchenden entstanden ist, hat den Fokus ziemlich verrückt.

Wir mussten uns um Unterbringung, bürokratische Verfahren und Sprachkurse für Geflüchtete kümmern und vieles andere ist dabei in den Hintergrund gerückt.

Es wird Zeit, dass wir uns wieder um eine echte Teilhabepolitik bemühen.

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Mich treiben dabei auch Erfahrungen an, die ich ganz persönlich gemacht habe:

In der Nachbarschaft, in der ich mit meiner Familie in Würselen wohne, leben viele Menschen mit türkischem, italienischem, spanischem, griechischem oder Ex-jugoslawischem Migrationshintergrund.

Früher haben dort die Kinder aller Familien gemeinsam Fußball oder Völkerball gespielt, die Väter haben gemeinsam unter Tage malocht.

Unter Tage mussten sich die Männer aufeinander verlassen können, sie haben sich gegenseitig ihr Leben anvertraut. Da hat es keine Rolle gespielt, wo du geboren bist oder welche Sprache du gesprochen hast.

Viele dieser Kumpel waren Gewerkschaftsmitglieder. Sie haben gemeinsam gekämpft und gestreikt für Arbeitnehmerrechte, für Arbeitssicherheit, für die 35-Stunden-Woche.

Sie sind zu einer Gemeinschaft zusammengewachsen. Sie unterlagen keiner räumlichen, keiner sozialen Trennung. Ja, es gab die Sprachbarriere, aber die wurde

spätestens von ihren Töchtern und Söhnen überwunden, die gemeinsam in die Schule gingen.

In dieser Gemeinschaft wurde jeder geachtet – unabhängig seiner Herkunft oder seiner Religion.

Dort ist eine Gemeinschaft entstanden, für die der Ruf des Imam zum Freitagsgebet, zu dem viele ehemalige Bergleute gehen, zum Alltag gehört.

Ich erinnere mich, wie eines Tages der Ruf des Imam ausblieb. Unsere Nachbarin kam bestürzt zu uns und fragte mich besorgt: „Ist in der Moschee alles in Ordnung?“

Ich erinnere mich auch wie damals die deutschen Bergarbeiter auf uns Jugendliche zukamen und mir

sagten: Gib den Kindern von unseren Kumpels doch mal Nachhilfe – Du sprichst doch ganz passabel Deutsch und bist auch nicht auf den Kopf gefallen.

Mittlerweile ist es mit ein bisschen Nachhilfe, die nur auf ehrenamtlichem Engagement basierte, aber nicht mehr getan. Wir brauchen eine Bildungsoffensive, die allen Kindern zugutekommt. Die aber auch ermöglicht, dass Kinder mit Einwanderungsgeschichte genauso an das Aufstiegsversprechen glauben können, wie es andere Kinder auch tun.

Deshalb werde ich als Bundeskanzler für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen sorgen. Bildungsabschlüsse sollen bundesweit gleich viel wert sein und die Gebäude modern und gut in Schuss sein. Damit Kinder in

unserem Land endlich gleiche Chancen haben, schlagen wir in unserem Regierungsprogramm folgende Punkte vor:

- Wir wollen die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief.
- Wir wollen eine Garantie auf einen Ganztagschulplatz.
- Wir wollen die Zuständigkeiten von Jugendhilfe und Jobcenter so bündeln, dass uns Jugendliche nicht wegen mangelnder Kooperation von Ämtern und Behörden verloren gehen. In einigen Bundesländern läuft das schon erfolgreich über die Jugendberufsagenturen.
- Und wir wollen die berufliche Bildung stärken und mehr Durchlässigkeit schaffen. Mit einem Meister soll man künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden.

Wir erleben gerade, dass für viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge die Berufsschulen eine ganz wichtige Brückenfunktion haben - für den Spracherwerb genauso, wie für erste praktische Erfahrungen.

Deshalb will ich verhindern, dass das Ende der Schulpflicht dazu führt, dass Jugendliche keine Chance mehr haben, weiter die Schule zu besuchen. Hier gibt es zum Teil hanebüchene Handhabungen zu Lasten der Bildungserfolge von jungen Flüchtlingen.

Auch an den Unis muss sich was tun. Immer noch sind Studierende mit Einwanderungsgeschichte unterdurchschnittlich vertreten.

Weil jeder Dritte von ihnen sein Studium selbst nicht finanzieren kann, kommt es auf ein starkes BAföG an. Deshalb wollen wir beim BAföG nachlegen. Und ich setze mich dafür ein, dass jeder, der in Deutschland erfolgreich ein Studium abgeschlossen hat, auch einen dauerhaften Aufenthaltstitel erhalten soll, wenn sie oder er das möchte.

Und wenn Schwarz-Gelb in NRW, ebenso wie Grün-Schwarz in Baden-Württemberg Studiengebühren für Ausländer an unseren Hochschulen einführt, dann ist das der beste Beweis dafür, dass man unsere Einwanderungsgesellschaft null verstanden hat. Das wird es mit der SPD nicht geben, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir haben in der SPD eine über 150-jährige Geschichte, wie wir Kindern den Weg zu Bildung geebnet haben. Heute müssen wir uns darum kümmern, wie wir auch den Kindern in den Brennpunktschulen unseres Landes die besten Chancen bieten können.

Das gilt für alle Kinder an diesen Schulen, egal welcher Herkunft.

Anrede,

Neben der Bildung ist Arbeit auch ein zentrales Feld für Integration, Teilhabe und Chancengleichheit.

Die umfangreichen Maßnahmen, die in unserem Programm für gute Arbeit stehen, will ich hier nicht alle nennen.

Mir ist wichtig zu betonen, dass wir diejenigen im Blick haben, die gerade nicht die größte Lobby haben. Wenn prekäre Beschäftigung zunimmt oder wenn wir durch Digitalisierung neue Arbeitsformen bekommen, muss klar sein: Auch hier bedarf es klarer Regeln.

Es trifft die Schwachen in der Gesellschaft, die sich nicht wehren können, wenn Mindestlöhne umgangen werden, wenn Leiharbeiter ausgenutzt oder Schein-Selbstständige beschäftigt werden.

Klare Regeln gegen Missbrauch sind das eine. Die Eröffnung von Chancen für diejenigen, die wenig Geld haben, das andere.

Wir setzen uns für ein Chancenkonto ein. Ein Chancenkonto soll jedem mit Eintritt in das Berufsleben

zur Verfügung stehen. Das Geld kann genutzt werden, um eine Weiterbildung zu finanzieren, eine Umschulung oder auch um eine Gründungsidee umzusetzen.

Anrede,

ich habe diese Beispiele aus dem Bereich Bildung und Arbeit genannt, weil ich zeigen will, dass wir in der SPD die Gesellschaft als Ganzes im Blick haben.

Unsere Teilhabepolitik richtet sich eben nicht nur an die 18,6 Millionen mit Migrationshintergrund, sondern an alle 82 Millionen Menschen in unserem Land.

Wenn wir die Chancen für alle erhöhen, kommt das auch der Einwanderungsgesellschaft als Ganzes zugute.

Aber abseits gleicher Chancen für alle müssen wir auch institutionell mehr für mehr Gerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft tun.

Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind bislang unterrepräsentiert in öffentlichen Institutionen. Das müssen wir dringend ändern.

Wir wollen, dass der öffentliche Dienst das Spiegelbild unserer Gesellschaft wird. Das muss auch für Polizei, Justiz, Ministerien und Bildungseinrichtungen gelten.

Was die Bundesregierung betrifft, so sage ich klar: Eine Sonderbeauftragte im Kanzleramt reicht nicht. Die Zuständigkeiten für Migration und Integration in der Bundesregierung sind heute auf zu viele Ministerien verteilt.

Wir wollen diese Zuständigkeit ministeriell bündeln und künftig an ein starkes Fachministerium andocken. Das kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sein oder auch das Familienministerium.

Ein Ministerium jedenfalls, das diesem wichtigen Zukunftsthema deutlich mehr Gewicht und Bedeutung garantiert. Ein Ministerium, das über die entsprechenden Mittel verfügt, um dieser wichtigen Zukunftsaufgabe gerecht zu werden.

Wo eine Integrationsdebatte zu mehr Zusammenhalt und nicht zu mehr Spaltung führt.

Deshalb kommt für mich das Bundesinnenministerium nicht in Betracht.

Ich halte es für einen fatalen Fehler, wie derzeit die Integrations- und Teilhabedebatten mit Sicherheitspolitik vermischt werden. Hier führt die CDU/CSU Wahlkampf zulasten unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Ich erinnere daran, wie der Bundesinnenminister de Maizière in der Debatte um Islamisten oder türkeistämmige Erdogan-Anhänger das Thema Mehrstaatigkeit hochkochte.

Damit macht Herr de Maizière die Integrationsdebatte zu einer Sicherheitsdebatte und lädt sie damit ideologisch auf. Das ist gefährlich. Integration und Teilhabe sind gesellschaftspolitische Themen – keine Themen der inneren Sicherheit.

Deutschland ist ein buntes, tolerantes Haus mit einer klaren Hausordnung.

Diesen tollen Satz hat mir vorgestern ein Bürger bei der RTL-Wahlarena mit auf den Weg gegeben. Ich finde ihn treffend. Die Hausordnung in diesem Haus, das ist das Grundgesetz.

Jeder, der in diesem Haus wohnt, hat Respekt verdient.

Wir dürfen niemanden unter Generalverdacht stellen. Das ist der entscheidende Punkt: vor dem Gesetz sind alle gleich.

Das Grundgesetz definiert unsere gemeinsamen Pflichten und Rechte. Daran muss sich jedes Mitglied unserer Gesellschaft orientieren. Dazu gehört der

Respekt der Meinungsfreiheit, die Gleichstellung von Mann und Frau, die herausragende Rolle der Würde des Menschen und auch die Religionsfreiheit.

Wir bestehen auf unsere Werteordnung.

Natürlich müssen wir unsere Gesellschaft schützen. Aber wir müssen sie nicht vor Menschen mit Migrationshintergrund schützen, sondern vor Feinden aller Art, die unsere offene Gesellschaft angreifen.

Wenn es eine Linie zwischen „Wir“ und „Ihr“ gibt, dann die, die uns, unsere Einwanderungsgesellschaft, von den Feinden unserer Demokratie trennt.

Egal welche Motive sie vorgeben: Wir werden diese Demokratiefeindlichkeit bekämpfen. Mit einer

bürgernahen Polizei und einer leistungsfähigen Justiz. Wir wollen 15.000 neue Stellen bei der Polizei und wir wollen die Justiz stärken.

Neben der konsequenten Strafverfolgung werden wir die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig und nachhaltig sichern. Wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Gegenstrategie gegenüber gewaltbereiten Extremisten muss die Deradikalisierung sein.

Feinde der offenen Gesellschaft sind für mich aber nicht nur die, die kriminell werden, gewaltbereit sind oder sich radikalieren. Es sind auch die vermeintlich kleinen Angriffe, gegen die wir vorgehen müssen.

- Wenn Kinder auf dem Schulhof wegen ihrer Religion oder Hautfarbe angepöbelt werden.

- Wenn sich Politiker der AfD hinstellen und sich anmaßen zu bestimmen, wer zu Deutschland gehört und wer nicht; wie es der Spitzenkandidat zur Bundestagswahl der AfD tat, als er sagte niemand wolle Jérôme Boateng zum Nachbarn haben.
- Wenn wie ich es erwähnte, Menschen keine Wohnung bekommen, weil ihr Name arabisch oder türkisch klingt.

Schwarz-Gelb in NRW hat da eine spezielle Antwort drauf: Sie wollen die Änderung ausländisch klingender Namen erleichtern. Wenn Hasan zu Hans wird, verschwindet nach dieser Logik die Diskriminierung. Welch ein Hohn!

Unser sozialdemokratischer Weg ist ein anderer: Diese diskriminierenden Entwicklungen in unsere Gesellschaft

sind die kleinen Grenzverschiebungen im Alltag, die Tabubrüche, die ich nicht tolerieren möchte.

Wozu es führt, wenn rote Linien nicht gezogen werden.

Wozu es führt, wenn führende Politiker ambivalent sind und sich nicht eindeutig zur Werteordnung ihres Landes bekennen, das kann man in diesen Tagen in Charlottesville in den USA sehen.

In der Demokratie darf es keinen Platz für die Feinde der Demokratie geben!

Es gibt heute auch in unserem Land noch zu viele Schlupflöcher für Diskriminierung. Die müssen wir schließen! Wir werden das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) weiterentwickeln und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken.

Der Staat muss ein klares Zeichen setzen.  
Diskriminierung gehört nicht zu Deutschland und wir  
gehen entschlossen dagegen vor!

Anrede,

All diese Maßnahmen sind Ihnen, meine Damen und  
Herren, die sich intensiv mit dem Thema Integration und  
Teilhabe beschäftigen, und mir wichtige inhaltliche  
Punkte.

Wenn wir mehr Zusammenhalt erreichen wollen, dann  
werden wir nicht nur den Verstand ansprechen müssen,  
sondern auch die Herzen.

Wir müssen uns fragen, was schief gelaufen ist, wenn  
junge Menschen, die hier geboren sind, in unseren  
Stadien einem Machthaber wie Erdogan zujubeln oder

der verführerischen extremistischen Ideologie des sogenannten Islamischen Staates erliegen.

Das sollte uns in Unruhe versetzen. Es fehlen bei uns klare Identifikationsangebote. Ich werde mich damit nicht abfinden.

Ich möchte der Kanzler aller Menschen in Deutschland sein.

Ich mache keine Unterschiede wie die CDU/CSU zwischen „uns“ und „denen“ oder zwischen Staatsbürgern und denjenigen, die den deutschen Pass nicht haben.

Aber natürlich ist der deutsche Pass ein wichtiges Zeichen für die Menschen, die zu unserem Land dazugehören möchten.

Ich möchte daran erinnern, dass es nicht einmal 20 Jahre her ist, dass meine Partei 1999 das Staatsangehörigkeitsprinzip nach dem Blute, durch das Geburtsortsprinzip abgelöst hat. Seitdem können in Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern endlich Deutsche sein!

Wir waren aber bei weitem nicht am Ziel, da die Union uns damals mit einer unsäglichen Kampagne gebremst hat.

Dass die CDU/CSU heute nicht viel anders tickt, hat sie im Dezember letzten Jahres bei ihrem Bundesparteitag

bewiesen, als sie gemeinsam mit den Rechtspopulisten den Kampf gegen die Mehrstaatigkeit ausrief.

Für uns ist klar: auch das Thema Mehrstaatigkeit ist eine Gerechtigkeitsfrage, gerade für diejenigen, die dieses Land mit aufgebaut haben.

Ich werde als Kanzler die Reformen der Rot-Grünen-Ära weiterführen.

Anrede,

Der Zusammenhalt in der Gesellschaft ist der SPD und mir auch ganz persönlich ein kontinuierlicher Auftrag. Das gilt natürlich auch für alle, die neu in unser Land kommen. Hier müssen wir die besten Wege finden, damit Einwanderer einen schnellen Einstieg finden – egal, ob sie bei uns Schutz suchen oder Arbeit.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir einige Fortschritte erreicht, die wir leider teuer erkaufen mussten. Wir sind schnell an unsere Grenzen gekommen, mit einem Koalitionspartner, der auf Abschottung und Abschreckung setzt.

Wir haben trotzdem die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, die 3+2-Regelung bei der Ausbildung oder den Abbau von Hürden auf dem Arbeitsmarkt erkämpft.

Aber seien wir ganz ehrlich: der große Wurf, die dauerhafte Lösung, wie wir Einwanderung nach Deutschland langfristig stabil regeln, fehlt nach wie vor.

Es reicht nicht zu sagen „wir schaffen das“. Man muss dann auch die Voraussetzungen schaffen, damit das gelingt.

Ohne die tausenden Ehrenamtlichen und Kommunen, die sich teilweise weit über Ihre Belastungsgrenzen engagiert haben, wäre unser Staat in den letzten Jahren an dieser Aufgabe gescheitert.

Ich denke, es sind heute auch viele im Publikum, die sich von Berufswegen und oft über das Normalmaß hinaus engagiert haben, die geholfen haben, sei es mit einer Spende, sei es in einer Flüchtlingsunterkunft, einer helfenden Hand, Begleitung bei Behördengängen oder mit Sprachkenntnissen.

Ihnen allen möchte ich heute Danke sagen!

Wie ich es aber erwähnt habe vermissen Sie eine klare politische Strategie, die auf staatlicher Seite Einwanderung regelt.

Ich denke, wir brauchen ein starkes Handeln an zwei Achsen:

Erstens, wir brauchen ein stabiles System, das Einwanderung und Schutz vor Verfolgung klar und verlässlich regelt.

Das ist kein deutsches Problem, wie das Horst Seehofers ungarischer Freund Victor Orban gerne deklariert. Die Flüchtlingsfrage stellt sich für ganz Europa, besonders für die Grenzstaaten Italien und

Griechenland. Kein Land kann dauerhaft alle Flüchtlinge, die zu uns kommen, alleine aufnehmen.

Deshalb werde ich für eine neue Solidarität in Europa eintreten, damit die Menschen, die Schutz bei uns suchen, unter allen EU-Staaten gerecht aufgeteilt werden. Ich werde für ein europäisches Asylsystem kämpfen, das eine effektive Lastenteilung unter den Mitgliedsstaaten ermöglicht.

Ich werde für ein europäisches Einwanderungsrecht kämpfen, das ein deutsches Einwanderungsrecht – für das meine Partei übrigens auch Vorschläge unterbreitet hat - ergänzt.

Und wir brauchen eine Politik der Fluchtursachenbekämpfung, die sich durch eine faire und wertegeleitete Kooperation mit Drittstaaten, vor allem in Afrika, auszeichnet.

Zweitens: wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen ordnungsgemäß behandelt werden. Ich finde es beschämend, wenn sie bis zu anderthalb Jahre oder länger warten müssen, bis geklärt ist, ob sie Asyl bekommen oder nicht.

Nicht jede Bewerberin und jeder Bewerber wird in Deutschland bleiben können.

Aber Entscheidungen darüber müssen so schnell wie möglich fallen. Wir brauchen eine Kombination aus Sorgfalt und Schnelligkeit. Das muss für ein Land, das

auf seine effiziente Verwaltung stolz ist, möglich sein. Zu menschenwürdiger Behandlung gehört auch, Menschen nicht über Jahre in Ungewissheit und getrennt von ihren Familien leben zu lassen.

Anrede,

Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft. Lassen Sie uns für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft gemeinsam kämpfen.

Mit Leidenschaft und Optimismus.

Ohne Angst und Illusionen.

Für ein gerechtes Deutschland, in dem jeder unabhängig seiner Herkunft, die gleichen Chancen hat.

Wie Willy Brandt es beschrieben hat: wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen wie nach außen.

Ja, ich will der Kanzler eines Volkes der guten Nachbarn sein.

Deutschland kann mehr!

Packen wir es an!